

Bürokratischer Cäsarismus

Ein gramscianischer Blick auf die Krise in Europa

Cédric Durand, Razmig Keucheyan

„Eine cäsaristische Lösung kann es auch ohne einen Cäsar geben“
Antonio Gramsci

Einleitung

In ihrer Tiefe und Länge erinnert die Krise, die 2007–2008 begann, an die Große Depression der 1920er und 1930er Jahre, der Letzten der „großen Krisen“ vergleichbarer Größenordnung. Im Verein mit anderen Ähnlichkeiten haben die beiden Krisen die Gemeinsamkeit, dass sie nicht auf den wirtschaftlichen Bereich begrenzt blieben. Sie haben alle gesellschaftlichen Sphären, einschließlich der politischen Institutionen, betroffen. Dieser Beitrag untersucht die Beziehungen zwischen demokratischer Politik und Neoliberalismus. Hierbei richtet er seinen Blick vor allem darauf, wie die Radikalisierung und Politisierung der Krise das gemeinsame Konstrukt von Kapitalismus und repräsentativer Demokratie der Nachkriegszeit in der westlichen Welt in Frage stellen. Im Besonderen werden wir darlegen, dass die politische Gesamtdynamik in der EU seit 2007 in Richtung auf eine Einschränkung der Demokratie angesichts des Aufstiegs einer eigenen Form des „Autoritarismus“ geht. Diesen nennen wir in Anlehnung an Gramsci *bürokratischen Cäsarismus*.

Die große Depression der 1920er und 1930er Jahre bildete den Hintergrund eines der größten politischen Werke des 20. Jahrhunderts: Antonio Gramscis *Gefängnishefte*. Die mehr als 2000 Seiten der *Quaderni del carcere* sind durch den Kontext einer tiefgreifenden Destabilisierung und Reorganisation des Kapitalismus, in dem sie entstanden, geprägt. Gramscis Blick auf die Krise ist durch seine Art der Konzeptionalisierung der Verbindung zwischen wirtschaftlicher und politischer Krise heute so fruchtbar: Wie wirft eine Wirtschaftskrise Wellen in das Politische (vor allem in die Sphäre des Staates), wie kann eine politische Krise wirtschaftliche Folgen haben, und wie redefiniert die Krise letztlich die Sphären „des Wirtschaftlichen“ und des „Politischen“. In gewisser Weise geht es hier um den Inhalt von Gramscis Staatskonzeption – den „integralen Staat“ (*lo stato integrale*): die sich verschiebenden Grenzen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft unter den Bedingungen der Krise. Was Gramsci als „organische Krise“, „Hegemoniekrise“ oder „allgemeine Krise des Staates“ bezeichnet, sind unauflöslich miteinander verbundene wirtschaftliche und politische Formen der Krise. Daher könnten die *Gefängnishefte* genau jenen Typ eines analytischen Konzeptes enthalten, der für die Interpretation unserer gegenwärtigen Krise erforderlich ist.

Aufbauend auf die bestehende Literatur (Frosini 2009, Krätke 2011) werden wir herausarbeiten, was aus unserer Sicht Gramscis fruchtbarste Einsichten für das Verständnis der Logik kapitalistischer Krisen sind. Wir werden uns auf das Konzept des „Cäsaris-

mus“ konzentrieren, das in jüngster Zeit auch Gegenstand von ins Detail gehenden Studien war (Burgio 2014, Fontana 2014, Liguori 2009). Wir werden uns auf Gramscis Einsichten beziehen, wenn wir die Europäische Konjunktur im Gefolge der großen Finanzkrise interpretieren. Während dieser kurzen, aber entscheidenden Phase (2008–2012) zeigten sich die Europäischen Institutionen unfähig, die zunehmenden Unsicherheiten im Hinblick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden ihrer peripheren Länder einzuhegen. Hierdurch stieg der Druck seitens der Finanzmärkte an und betraf zunehmend die Kernländer. Dies stellte die bloße Existenz des Euro während einiger Jahre in Frage und bereitete das Feld für die Etablierung anti-demokratischer Institutionen.

Gramscis organische Krise

Gramscis Herangehen an die Krise ist eng mit seiner Hegemonietheorie verbunden. Im fortgeschrittenen, „westlichen“, Kapitalismus haben Wirtschaftskrisen selten unmittelbare politische Folgen. Die rasche Übertragung einer Krise von der wirtschaftlichen auf die politische Sphäre ist typisch für „östliche“ Gesellschaften. In ihrem Fall können Wirtschaftskrisen binnen Kurzem dramatische politische Folgen – beispielsweise einen Regimewandel – nach sich ziehen. Gramsci bezeichnet den Typ der Krise, der in „östlichen“ Gesellschaften auftritt, als „katastrophisch“. In „westlichen“ Gesellschaften wird die Wirtschaftskrise hingegen durch ein „Grabensystem“ der Zivilgesellschaft und des Staates absorbiert oder gemildert (Q 13, § 24, 1932–33 GH Bd. 7: 1589).¹ Dieses System von Gefechtsgräben verhindert die Ausbreitung der Krise von der wirtschaftlichen in die politische Sphäre. So schützen sie die gesellschaftliche Ordnung von ernsthaften Gefahren. In den „westlichen“ Gesellschaften findet man zwischen den wirtschaftlichen Strukturen und dem politischen sowie kulturellen Überbau ein Ensemble von Vermittlungsinstanzen, das einen „geschichtlichen Block“ bildet. Im geschichtlichen Block werden „sozio-ökonomischer Inhalt und ethisch-politische Form bei der Rekonstruktion der verschiedenen historischen Epochen miteinander konkret identisch“ (Q 10, § 13, 1932, GH 6: 1251). Er wird durch die dialektische Einheit von Strukturen und Überbauten in einem Nationalstaat in einem bestimmten Moment seiner Entwicklung definiert. In einer Krisensituation ist es gerade die Aufgabe eines geschichtlichen Blocks, die wirtschaftlichen Turbulenzen dabei zu „blockieren“, einen Zusammenbruch des politischen Systems auszulösen.

Eine Krise stellt den geschichtlichen Block auf die Probe. Meistens besteht der Block diese. Ein geschichtlicher Block, der mit einigen wirtschaftlichen Turbulenzen nicht fertig wird, verdient diese Bezeichnung nicht. Er würde als eine „Krankheitserscheinung“ im Sinn der berühmten Passage des dritten Heftes der *Gefängnishefte* einzustufen sein: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“ (Q 3, § 34, 1930, GH 2: 354) Eine Art des Blicks auf die „Krankheitssymptome“ ist, sie als totgeborene oder degenerierte geschichtliche Blocks zu begreifen, die einer Krise nicht widerstehen können. Von einem wirklichen geschichtlichen Block wird erwartet, dass er einer Krise ein Ende setzt und die (unvermeidlichen) Turbulenzen aushält, die in seiner Hegemonieperiode entstehen.

Am kritischen Punkt können Krise, die Gramsci als „organisch“ bezeichnet, entstehen. Dies passiert, wenn die Wirtschaftskrise zu einer Krise des geschichtlichen Blocks selbst wird und beginnt, alle gesellschaftlichen Sphären zu verschmutzen: Politik, Kultur, Moral, Sexualität... Gramsci bezeichnet organische Krise auch als „Hegemoniekrise“ oder „allgemeine Krisen des Staates“, das heißt Krisen des „integralen Staates“. Der „integrale Staat“ ist ein Schlüsselkonzept der *Gefängnishefte* (Buci-Glucksmann 1975, Thomas 2009). Eine Definition Gramscis ist die folgende: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (Q 6, § 88, 1931, GH 4: 783). Die „politische Gesellschaft“ bezieht sich in dieser Passage auf den Staat, wie er traditioneller Weise definiert wird: Verwaltung, Armee, Polizei, soziale Dienste, Gerichtshöfe... „Staat“ bezieht sich hier bei Gramsci auf eine einmalige Kombination von „politischer Gesellschaft“ und „Zivilgesellschaft“ zu einer bestimmten Zeit und in einem bestimmten Land, also auf den Staat in einem „integralen“ Sinn. Große, organische Krisen des Kapitalismus lösen die „passende Beziehung“ zwischen Zivil- und politischer Gesellschaft, die im vorhergehenden historischen Zyklus dominierte, auf. In diesem Sinn implizieren sie immer eine Desaggregation des geschichtlichen Blocks.

Was sind die möglichen Gründe für solche Desaggregationen? Hier ist Gramscis Antwort: „In jedem Land ist der Prozeß ein anderer, obwohl der Inhalt der gleiche ist. Und der Inhalt ist die Hegemoniekrise der führenden Klasse, die entweder eintritt, weil die führende Klasse in irgendeiner großen politischen Unternehmung gescheitert ist, für die sie den Konsens der großen Massen mit Gewalt gefordert oder durchgesetzt hat (wie der Krieg), oder weil breite Massen (besonders von Bauern und intellektuellen Kleinbürgern) urplötzlich von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität übergegangen sind und Forderungen stellen, die in ihrer unorganischen Komplexität eine Revolution darstellen. Man spricht von ‚Autoritätskrise‘, und das eben ist die Hegemoniekrise oder Krise des Staates in seiner Gesamtheit.“ (Q 13, § 23, 1932–1933, GH 7: 1578) Im Gegensatz zum Determinismus und Ökonomismus vieler marxistischer Krisentheorien seiner Zeit, unterstreicht Gramscis Zugang zur Krise die Komplexität solcher Phänomene. Der erste mögliche Grund einer organischen Krise kann bei den herrschenden Klassen verortet werden. Dies ist der Fall, wenn eine „große politische Unternehmung“, für welche diese die Zustimmung der subalternen Klassen mit Gewalt erhalten oder erzwungen hatten, fehlschlägt. Eine „große politische Unternehmung“ ist ein langfristig angelegtes Projekt der umfassenden Reorganisation der Gesellschaft, das von den herrschenden Klassen durchgesetzt wird. Ein solches Projekt der politischen Unternehmung, der Gramsci in den *Gefängnisheften* viel Aufmerksamkeit schenkt, ist der Fordismus. Ein zweiter Grund für die Desaggregation eines geschichtlichen Blocks ist das Abschmelzen „von unten“. Dieses erfolgt dann, wenn die subalternen Klassen, die sich während der Hegemonie mehr oder wenig willig fügten, zu mobilisieren beginnen. Selbstverständlich können der erste und zweite Grund beim Sturz eines geschichtlichen Blocks zusammenkommen.

Auf der Basis der Dialektik von Hegemonie und Hegemoniekrise arbeitet Gramsci seine Krisenkonzeption weiter aus. Die Frage der Zeitlichkeit der Krise ist essentiell. Organische Krisen sind Krisen einer *longue durée*, manchmal Jahrzehnten. Genauer handelt es sich um komplexe räumlich-zeitliche Phänomene, bei den sich verschiedene Räumlichkeiten und Zeitlichkeiten kreuzen und miteinander in Konflikt geraten. Die gesamte Nachkriegszeit – unsere Zwischenkriegszeit – kann als eine Krise betrachtet

werden, sagt Gramsci. Die Geschichte des Kapitalismus als Ganzer könnte auch als eine „beständige Krise“ gesehen werden: „Man könnte also sagen, und dies wäre am treffendsten, daß die ‚Krise‘ nichts anderes ist als die quantitative Verstärkung bestimmter, weder neuer noch origineller Elemente, insbesondere aber die Verstärkung bestimmter Phänomene, während andere (...) unwirksam geworden oder völlig verschwunden sind. Kurz die Entwicklung des Kapitalismus ist eine ‚Dauerkrise‘ geworden, (...) das heißt eine blitzartige Bewegung von Elementen, die einander das Gleichgewicht hielten und sich immunisierten.“ (Q 15, § 5, 1933, GH 7: 1718)

Der Kapitalismus bringt beständig antagonistische Kräfte hervor, die in Konflikt geraten, sich neutralisieren oder auch überwinden. In diesem Sinn ist die Krise Kapitalismus in seiner „Reisezeit“, sie ist ein normales Merkmal kapitalistischer Entwicklung. Eine Krise im engen Sinn besteht aus einer Verschärfung normaler Prozesse. Wie Gramsci hervorhebt, wird in Krisenzeiten aus Quantität Qualität. Die Krise bedeutet nicht notwendigerweise das Aufkommen neuer Elemente, aber sie impliziert, dass das System nicht mehr dazu in der Lage ist, die ihm zugrunde liegenden Widersprüche zu bearbeiten.

Gramscis zentrales theoretisches Argument ist, dass eine Krise nicht als „Ereignis“, sondern als „Entwicklung“ begriffen werden sollte. Letztlich ist der Oktober 2019 nur ein Datum in einer längeren Entwicklung, und dasselbe könnte man über den Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 sagen. Selbst wenn eine Krise mit einem Zusammenbruch eines Finanzmarktes beginnt, sind die Vor- und Folgeperiode integraler Bestandteil dieser Entwicklung und analytisch wichtiger als das auslösende Ereignis. Dieser Zugang zu Krisen als einer „Entwicklung“ bedeutet, dass Krisen immer ein politisches Kampffeld sind und dass der Ausgang der Krise nicht vorbestimmt ist. Diese Vorstellung ist ein Zeugnis von Gramscis Anti-Determinismus. Für ihn sind Krisen ein Moment im Leben von Gesellschaften, wenn alle Art von Determinanten (wirtschaftlichen, kulturellen, institutionellen) schwächer werden, wie auch Momente des Wiederauflebens von Kontingenz und politischen Möglichkeiten.

Cäsarismus als Antwort auf die Krise

Für Gramsci werden in organischen Krisen Institutionen, die unabhängig von den Schwankungen der öffentlichen Meinung sind, tendenziell gestärkt. Jene Institutionen, die direkt den Fluktuationen der öffentlichen Meinung unterliegen, treten dem gegenüber in den Hintergrund. Organische Krisen stärken „die relative Machtposition der (zivilen und militärischen) Bürokratie, der Hochfinanz, der Kirche und allgemein aller von der öffentlichen Meinung relativ unabhängigen Organe“ (Q 13, § 23, 1932–1933, GH 7: 1578). In normalen Zeiten erlaubt das System demokratischeren Instanzen, sich um die laufenden Angelegenheiten zu kümmern. In einem Krisenkontext kann ein solches Risiko nicht mehr eingegangen werden. Der Grund hierfür ist, dass sich in Krisenzeiten der Rhythmus der Politik beschleunigt, sich die Widersprüche, die demokratischen Institutionen inhärent sind, verschärfen und sie damit daran hindern, im richtigen Moment die Krise zu bearbeiten. Außerdem schwankt die öffentliche Meinung stark und droht die gesellschaftliche Ordnung zu destabilisieren. Sie ist tendenziell offener für radikale, das heißt revolutionäre Lösungen der Krise.

Für Gramsci besteht Hegemonie aus einer komplexen Dialektik von „Zwang“ und „Konsens“, dem „Machiavellischen Centaurus“ aus Gramscis berühmter Formulierung im 13. Heft der *Gefängnishefte*. In Krisenzeiten tritt der Zwang tendenziell in den Vordergrund. Dies ist ein Prozess, der zur Entstehung einer „Diktatur ohne Hegemonie“ (Q 15, § 59, 1933, GH 7: 1779) führen kann. Eine solche Diktatur muss nicht notwendigerweise militärischer Natur sein, auch wenn sie im 19. Jahrhundert meistens einen solchen Charakter hatte. Sie kann durch jede der oben erwähnten nicht-demokratischen Institutionen, wie beispielsweise der zivilen Bürokratie oder der Hochfinanz, angeführt werden. Sie kann auch unter der Führung einer „politische Koalition“ oder von „Funktionären“ (Gramscis Begriff) parlamentarischer Partei oder wirtschaftlicher Organisationen stehen.

Die Verstärkung von nicht-demokratischen Organisationen in Krisenzeiten führt dann zu einer Schlüsselproblematik der *Gefängnishefte*: dem Cäsarismus. Diese Problematik sollte in den Zusammenhang mit der reichen marxistischen Theorettradition des „Bonapartismus“ gestellt werden. Gramsci selbst stellt diese Verbindung her. Mehrfach verwendet er die Formulierung „Cäsarismus oder Bonapartismus“ in den *Gefängnisheften*. Das Konzept des Cäsarismus bringt jedoch wichtige theoretische Neuerungen für die marxistische Tradition (Burgio 2014: Kap. 11, Fontana 2004).

Das Konzept des Cäsarismus war damals sowohl bei Rechts- als auch bei Linksintellektuellen gängig (Mosse 1971). Max Weber verwendet es beispielsweise in seinen politischen Schriften (z.B. Weber 1988, Weber 1990, vgl. auch Baehr 2004). In den *Gefängnisheften* gibt es auch verschiedene Verweise auf Webers Aufsatz *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* (Weber 1988, Erstveröffentlichung 1918), in dem Weber das Konzept des Cäsarismus entwickelt. Das Konzept ist auch in Oswald Spenglers *Der Untergang des Abendlandes* (Spengler 1998) zu finden. Dieses Werk wurde in zwei Bänden am Ende der 1910er und zu Beginn der 1920er Jahre veröffentlicht.

Gramsci beginnt mit der Diskussion des Konzepts des Cäsarismus, wenn er sich auf das „militärische Element“ in der Politik (Q 4, § 66, 1930–1933, GH 3: 549) bezieht. Er erweitert dann aber das „interpretative Spektrum“ des Cäsarismus (Liguori 2009: 124). Er führt das Konzept in den Paragraphen 133–136 des 9. Heftes der *Gefängnishefte* aus. Diese werden dann zum Heft 13, § 27 fusioniert, das die Überschrift „Il cesarismo“ trägt. Dies ist eine von Gramscis Definitionen des Cäsarismus: „Man kann sagen, daß der Cäsarismus eine Situation ausdrückt, in der die sich bekämpfenden Kräfte sich in katastrophaler Weise im Gleichgewicht halten, sich also dergestalt im Gleichgewicht halten, daß die Fortsetzung des Kampfes nur mit der gegenseitigen Vernichtung enden kann. Wenn die fortschrittliche Kraft A mit der rückschrittlichen Kraft B kämpft, kann es nicht nur passieren, daß A gegen B oder B gegen A siegt, sondern sie sich gegenseitig erschöpfen und eine dritte Kraft C von außen interveniert und sich unterwirft, was von A und B übrigbleibt.“ (Q 13, § 27, 1932–1933, GH 7: 1592).

Eine Krise führt oft zu einem „katastrophalen Kräftegleichgewicht“. Keine der bestehenden gesellschaftlichen Hauptkräfte vermag sich durchzusetzen, und die Fortsetzung des Kampfes droht zu ihrer wechselseitigen Zerstörung zu führen. In solchen Fällen, können dritte Kräfte entstehen und zum lachenden Dritten avancieren. Diese dritte Kraft wird tendenziell zumindest scheinbar von außerhalb des Kampffeldes intervenieren, um sich selbst als „über“ den beiden Konfliktparteien stehend zu präsentieren. Aus diesem Grund hat sie ihren Ursprung oft in den bereits erwähnten nicht-demo-

kratischen Strukturen: der Arm, dem Finanzsektor, der Kirche, der Justiz, den Bürokratien...

Wie Gramsci ihn definiert, hat der Cäsarismus eine „charismatische“ Dimension. In den 1920er und 1930er Jahren konnte Gramsci zahlreiche Beispiele von charismatischen „Cäsaren“ beobachten. Er machte jedoch deutlich, dass auch eine Organisation – eine Staatsbürokratie, eine private Organisation oder eine parlamentarische Koalition – ein „Bonaparte“ werden kann, wenn keine Person als „Cäsar“ die Bühne betritt. Daher: „Man kann cäsaristische Lösungen auch ohne einen Cäsar, ohne eine große, ‚heroische‘ Persönlichkeit haben.“ (Q 13, § 27, 1932–1933, GH 7: 1593).² Im Italien der Zeit nach dem Risorgimento war die Staatsbürokratie der einzige Garant der nationalen Einheit, die einzige Kraft, die in der Lage war, die politische und regionale Fragmentierung des Landes zu überbrücken.

Darüber hinaus stellt Gramsci fest: „Jede Koalitionsregierung ist ein Anfangsstadium von Cäsarismus, der sich bis zu den bedeutendsten Stadien hin entwickeln kann oder auch nicht (natürlich meint man für gewöhnlich, gerade die Koalitionsregierungen seien das ‚festeste Bollwerk‘ gegen den Cäsarismus).“ (Q 13, § 27, 1932–1933, GH 7: 1593; vgl. auch Burgio 2014: 280 ff.). Aus dieser Sicht besteht der Cäsarismus als Möglichkeit auf während des „normalen“ Funktionierens moderner politischer Institutionen und ist nicht notwendigerweise eine Konsequenz eines exogenen politischen Ereignisses.

Weiters kann Cäsarismus einen „fortschrittlichen“ oder „rückschrittlichen“ Charakter haben.³ Die große Depression zog sowohl eine regressive Form des Cäsarismus, den Faschismus, als auch eine fortschrittliche Form des Cäsarismus, Roosevelts New Deal, nach sich. Fortschrittlicher Cäsarismus hat eine „quantitativ-qualitative“ Dimension, das heißt, er führt manchmal zum Übergang von einem Staatstyp zum anderen. Selbst in seiner rückschrittlichen Ausprägung führt Cäsarismus niemals „in toto“ (wie es bei Gramsci heißt) zu einer Restauration, denn in der „geschichtlichen Bewegung“ gibt es niemals eine vollständige Rückkehr zur Vergangenheit. In der modernen Welt hat Cäsarismus eher eine „polizei-ähnliche“ (poliziesco) als eine militärische Dimension (Liguori 2009: 124). „Polizei“ bezieht sich hier auf einen Satz von Zwangsmitteln, über die der Staat seine Herrschaft organisiert.

Gramscis Überlegungen zum Cäsarismus bringen uns dazu, ein Konzept des *bürokratischen Cäsarismus* zu formulieren. Aus unserer Sicht ist das eine der wichtigsten Innovationen auf dem Gebiet der marxistischen Zugänge zum Politischen, die man aus der Lektüre von Gramscis Reflektionen über Fragen der Krise ableiten kann. In einer ersten Annäherung zeigt der bürokratische Cäsarismus drei Charakteristika. Erstens ist er nicht-demokratisch, das heißt er entsteht aus der Notwendigkeit des kapitalistischen Systems, sich – mehr oder weniger schrittweise – von demokratischem Druck in Krisenzeiten abzuschirmen. Diese nicht-demokratische Entwicklung ist modernen politischen Institutionen, wie wir bereits gesagt haben, inhärent. Zweitens ist der bürokratische Cäsarismus unpersönlich und nicht-charismatisch, das heißt er bezieht sich auf Fälle, in denen eine Organisation oder eine Koalition von Organisationen (öffentlichen und/oder privaten) „zum Cäsar wird“. Für Gramsci sind dies die häufigsten Fälle des Cäsarismus in der modernen Welt. Drittens werden wir uns im Kontext der gegenwärtigen Europäischen Krise auf die klar rückschrittliche Variante des Cäsarismus konzentrieren, auch wenn eine fortschrittliche Form des Cäsarismus grundsätzlich vorstellbar ist. Das

heißt nicht, dass die rückschrittliche Variante „in toto“ eine Restauration eines früheren Stadiums des Systems bedeutet. Dies impliziert hingegen, dass die Kräfte, die einen Übergang zu einem neuen, „fortschrittlichen“ Stadium bewerkstelligen könnten, am Handeln gehindert werden.

Der Aufstieg der Europäischen nicht-demokratischen Institutionen

Laut Gramsci gibt es während einer Krise eine rasche Bewegung zur Abschottung gegenüber sozialem Druck von unten. Die Entwicklung der EU-Politik zeigt zwischen 2008 und 2012 zahlreiche Symptome einer cäsaristischen Bewegung weg von demokratischen Prozeduren. Eines der deutlichsten Beispiele hierfür ist die schrittweise Verhärtung von zwingender Budgetüberwachung seit 2010. Dieser Weg ist auch mit bekannten Konvergenzkriterien für den Euro, die in den Maastricht-Vertrag und den Stabilitäts- und Wachstumspakt inkludiert wurden, beschriftet worden. Die Kontrolle der Europäischen Ebene über die nationalen Budgets und Wirtschaftspolitiken wurde verstärkt durch den „Euro Plus Pact“, den „Six Pack“ und das Europäische Semester. Dies impliziert mehr automatische Sanktionen für widerspenstige Länder, eine explizite Orientierung auf Pensionsreformen und eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes sowie eine neue Überwachung des wirtschaftspolitischen Zyklus über eine Prüfung der nationalen Budgetprogramme noch vor deren Debatte in den nationalen Parlamenten.

Der Höhepunkt dieses wichtigen Entzugs nationaler Souveränität war die Annahme des Treaty on Stability, Coordination and Governance am 1. März 2012. Laut diesem Vertrag müssen Länder rechtliche Bestimmungen – möglichst auf Verfassungsebene – verabschieden, welche das strukturelle Haushaltsdefizit auf einen Richtwert von 0,5 % des BIP beschränken und hierfür ein unabhängiges Aufsichtsgremium, mutmaßlich von ÖkonomInnen und RechtsexpertInnen, schaffen, um die Regierungen der Unterzeichnerländer zu disziplinieren. Der Europäische Gerichtshof kann eine Strafe verhängen, wenn eines der Mitgliedsländer eine Beschwerde bezüglich der Umsetzungen durch ein anderes Unterzeichnerland einbringt. Weiters verwirft der Art. 11 explizit die Option eines einzelnen Landes, eine signifikante eigene Wirtschaftspolitik auszuprobieren.

Das spektakulärste Symptom dieses cäsaristischen Trends ist die Zunahme der politischen Macht der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Bank war sowohl 2008-2009 als auch erneut 2011-2012 an der vordersten Front bei der Rettung des Finanzsystems. Sie mobilisierte enorme Ressourcen, um größere Verwerfungen bei den unter Druck stehenden Finanzinstitutionen zu verhindern. Als Mitglied der Troika und über ihre Interventionen in Sekundärmarkt für Wertpapiere wurde sie direkt in die Abfassung der Reformprogramme in den peripheren Ländern einbezogen. Die neue aktive Haltung der EZB wurde unter Leitung Draghis deutlich. Sie fand ihren Ausdruck in der Selbstverpflichtung zu tun, „was immer nötig ist“, um die Eurozone zu retten, in dem öffentlichen Ultimatum an die Regierung Zyperns im März 2013, in der spektakulären Unterbrechung der Notfallliquiditätsversorgung für die griechischen Banken auf dem Höhepunkt der Konfrontation zwischen der Syriza-Regierung und ihren Gläubigern im Juni und Juli 2015. Außerdem sind Befugnisse der EZB auf die Aufsicht über das Bankensystem ausgedehnt worden, da ihr jetzt das European Systemic Risk Board unterstellt

ist. Dieser Aufstieg ist umso bemerkenswerter, wenn man ihn mit der fehlenden Fähigkeit der einzigen gewählten Institution in der EU-Governance, dem Europaparlament, eine ernsthafte Kontrolle über das Krisenmanagement zu erlangen, vergleicht. Ihr damaliger Präsident, das deutsche SPD-Mitglied Martin Schulz, versuchte zwar der Stimme des Parlaments Gehör zu verschaffen, aber erfolglos (vgl. *Le Monde*, 19.1.2012).

Eine andere Dimension dieses Trends hängt spezifischer mit der hybriden Natur der Europäischen Union, die in gewisser Weise ein Proto-Staat ist, aber gleichzeitig weiterhin auf verschiedenen Arrangements von formal souveränen Staat beruht, zusammen (Cohen 2014). Auf dieser Ebene können wir eine räumliche Differenzierung zwischen demokratischen Prozeduren in verschiedenen Ländern beobachten. Der griechische Fall ist paradigmatisch. Weder der deutsche Vorschlag einer direkten Kontrolle der griechischen Wirtschaft durch einen EU-Sonderkommissar noch Wolfgang Schäubles Idee, die griechischen Wahlen zu verschieben und eine technokratische Regierung zu installieren,⁴ wurden konkretisiert. Dennoch offenbarten sie den politischen Willen Deutschlands und anderer Länder mit AAA-Rating, mittels der sukzessiven Memoranda of Understanding eine strikte und direkte Kontrolle über die griechische Wirtschaft zu erlangen. In einem Kommentar zum zweiten Bailout im Jahr 2012 sagte ein Experte laut *Financial Times*: „Das Programm ist viel ambitionierter als eine wirtschaftliche Reform. Es geht um State Building, wie es üblicherweise in traditionellen Kontexten von Ländern niedrigen Einkommens verstanden wird.“⁵ Die folgenden Programme waren strikter und nahmen den griechischen Regierungen über Jahre jedes nennenswerte Attribut von Souveränität in sozio-ökonomischen Fragen.

Angesichts der Erschütterungen der Krise erscheinen die EU-Bürokratie und insbesondere die unabhängigen Behörden wie die EZB als die wichtigsten einheitlich agierenden Kräfte auf der politischen Ebene. Die Verschärfung von wirtschaftlichen Rechtsnormen und der Kompetenzzuwachs nicht-gewählter Europäischer Institutionen in Wirtschaftsfragen spielen in der Abschottung der Wirtschaftspolitiken von gesellschaftlichem Einfluss von unten ebenfalls eine Rolle. Dies ist ein Cäsarismus ohne „charismatische“ Persönlichkeit, der Cäsarismus einer Organisation oder Bürokratie, wie sie explizit von Gramsci thematisiert wurde. Wenn Gramsci über Cäsarismus sprach, ging es ihm um den Weg, auf dem soziale Klassen, d.h. subalterne und herrschende Klassen, sich selbst im Kampf neutralisieren und damit einen Raum für den Aufstieg eines (persönlichen oder bürokratischen) Cäsar öffnen. Im heutigen politischen Feld Europas gibt es auch noch andere Arten von Kräften, die untereinander komplexe und konfliktive Beziehungen haben: Klassen und Klassenfraktionen, aber auch Nationalstaaten und Bürokratien, die eine zunehmende „Mehrebenen(-)Dimension haben, „regionalistische“ politische Kräfte, wie Katalonien oder Flandern, die versuchen Vorteile aus Krise für die Gewinnung einer stärkeren Autonomie zu ziehen, äußere Mächte, wie die USA oder die BRICS-Länder, internationale Organisationen wie der IWF ...

Schlussfolgerungen

Die Kernfrage, mit der wir uns auseinandergesetzt haben, ist die Interaktion der Dynamiken der Finanz-, Wirtschafts- und Politikspären während einer kapitalistischen Krise. Genau eine solche Analyse erlaubt ein konzeptioneller Rahmen, der aus einigen

von Gramscis zentralen Konzepten gewonnen wird. Auf einer solchen Basis ist es möglich, ein in die Tiefe gehendes Verständnis für die Prozesse zu gewinnen, die der EU-Krise ihr eigenes Gepräge geben.

Die EU kann als ein neuer Typ der „Koalitionsregierung“ gesehen werden. Die zentralen Europäischen Kräfte, Kapitalfraktionen und auch signifikante Teile der ArbeiterInnenbewegung haben mit geringen politischen Nuancen die Konstruktion der EU unterstützt. Wie Gramsci sagt, ist jede Koalitionsregierung ein „erstes Stadium“ des Cäsarismus. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung sind Koalitionen kein Schutz, kein „solides Bollwerk“ gegen den Cäsarismus. Im Gegenteil. Das heißt selbstverständlich nicht, dass jede Koalitionsregierung unvermeidlich zum Cäsarismus führt. Aber dies impliziert, dass diese Möglichkeit in ihnen angelegt ist. Und, aus den oben hervorgerufenen Gründen, steigt in Krisenzeiten diese Wahrscheinlichkeit.

Durch dieses Argument, dass ein cäsaristisches Potential den modernen politischen Institutionen eigen ist, setzt sich Gramsci von eher Mainstream orientierten Konzepten des „Autoritarismus“ ab. Letztere tendieren dazu, Autoritarismus als der repräsentativen Demokratie fremd anzusehen.

Der von uns beschriebene Europäische bürokratische Cäsarismus ist eindeutig rückschrittlich. Die meisten während der Krise getroffenen Maßnahmen waren, wie wir aufgezeigt haben, im Interesse des Finanzkapitals. Das Finanzkapital ist nicht nur eine Form der wirtschaftlichen Enteignung, sondern auch der *politischen* Enteignung, denn es handelt sich um die am stärksten deterritorialisierte Form des Kapitals, auf die der Zugriff der Subalternen per Definition schwach ist. Aus dieser Sicht kann ein Cäsarismus, der durch die Interessen des Finanzkapitals geprägt ist, nur zutiefst rückschrittlich sein.

Die *künftige Entwicklung*⁶ Europas hängt vor allem davon ab, wie die Subalternen versuchen, mit dem cäsaristischen Europa umzugehen. Eine Option ist, dass eine soziale Mobilisierung die herrschenden Eliten zu demokratischen Konzessionen zwingen könnte, was zu einer aufblühenden institutionellen Verdichtung auf Europäischer Ebene führen würde. Dies ist jedoch nicht das plausibelste Szenario. Es ist nicht selbstverständlich, dass gesellschaftliche Widerstände und progressive Politik auf der EU-Ebene wirksamer wären und sich leichter entwickelten. Wir tendieren eher zu einer gegenteiligen Einschätzung. Um über diesen Punkt mehr Klarheit zu schaffen, ist es notwendig, die kumulativen sozio-politischen Effekte einer mangelnden Artikulation der Akkumulationsregime in der EU und der Unterentwicklung der kontinentalen politischen Sphäre mit Präzision einzuschätzen.

Übersetzung aus dem Englischen: Joachim Becker

Anmerkungen

- 1 Bei den *Gefängnisheften* werden wir uns, wie üblich bei den Schriften über Gramsci, zunächst auf das Heft (Q für „quaderno“, „Heft auf Italienisch), den Paragraphen und die Datierung beziehen. Die aktuellste Chronologie der Gefängnishefte ist bei Cospito 2011 zu finden. Anm. d.Ü.: Bei der deutschen Übersetzung wird die kritische Gesamtausgabe der *Gefängnishefte*, die von Klaus Bochmann et al. herausgegeben wurde, zugrunde gelegt und der jeweilige Band sowie die relevante Seite zitiert.
- 2 Cäsarismus ist ein spezifischer Mechanismus, der im Kontext eines breiteren Prozesses wirksam wird: der passiven Revolution. Da die passive Revolution bereits Gegenstand marxistischer Analysen von Neoliberalismus und Krise war (vgl. z.B. den Beitrag von Morton 2010 und andere Aufsätze in der selben Nummer von

- Capital & Class*), gehen wir auf dieses Konzept nicht näher ein und konzentrieren uns auf den Cäsarismus als einen spezifischen Aspekt der passiven Revolution.
- 3 Gramsci identifiziert weiters eine „objektiv“ fortschrittliche Form des Cäsarismus, wir lassen diesen Punkt aber beiseite.
 - 4 Kerin Hope/Peter Spiegel: Greek rhetoric turn into battle of will. In: FT.com, 16.2.2012 (www.ft.com)
 - 5 Peter Spiegel, Gerrit Wiesmann und Kerin Hope: Athens told to change spending and taxes. In: FT.com, 23.2.2012 (www.ft.com)
 - 6 Im Original heißt es „devenir“, eigentlich ein französischer Begriff für Werden und Entwicklung (d.Ü.)

Literatur

- Aglietta, M., & Berrebi, L. (2007): *Désordres dans le capitalisme mondial*. Paris: Odile Jacob.
- Baehr, P. (2004): Max Weber and the Avatars of Caesarism. Dictatorship in History and Theory: Bonapartism, Caesarism, and Totalitarianism (Patrick Baehr & Melvin Richter.). Cambridge: Cambridge University Press.
- Bibow, J. (2009): The Euro and Its Guardian of Stability. Levy institute working paper n° 583. <http://www.levyinstitute.org/publications/?docid=1214>
- Bieler, A. (2005): Class Struggle over the EU Model of Capitalism: Neo-Gramscian Perspectives and the Analysis of European Integration. In: *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, 8(4), 513–526.
- Bieler, A. (2006): The struggle for a social Europe: trade unions and EMU in times of global restructuring. Manchester: Manchester University Press.
- Bieler, A. (2011): Labour, new social movements, and the resistance to neoliberal restructuring in Europe, In: *New Political Economy*, 16 (2).
- Bourdieu, P. (1999): Pour un mouvement social européen. In: *Le monde diplomatique*, juin, 1, 16–17.
- Boyer, R. (2009): Feu le régime d'accumulation tiré par la finance. In: *Revue de la régulation [en ligne]*, 5 (ter semestre). <http://regulation.revues.org/7367>
- Boyer, R. (2012): The four fallacies of contemporary austerity policies: the lost Keynesian legacy. In: *Cambridge Journal of Economics*, 36(1), 283–312.
- Brender, A./Pisani, F. (2007): *Les déséquilibres financiers internationaux*. Paris: La Découverte.
- Bruff, I. (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. In: *Rethinking Marxism*, 26 (1).
- Buci-Glucksmann, C. (1975): *Gramsci et l'État*. Paris: Fayard.
- Burgio, A. (2014): *Gramsci. Il sistema in movimento*, Roma: DeriveApprodi.
- Carchedi, G. (2001): *For another Europe: a class analysis of European economic integration*. Verso, London/New York: Verso Books
- Cohen, A. (2014): *Le régime politique de l'Union européenne*, Paris: La Découverte.
- Cospito, G. (2011): Verso l'edizione critica e integrale dei «Quaderni del carcere», *Studi storici*, LII, n. 4, 2011, 896–904.
- Carchedi, G. (2002): Imperialism, dollarization and the euro. In: *Socialist register*, 154, 153–173.
- Duménil, G./Levy, D. (2011): The crisis of the early 21st century: general interpretation, recent developments, and perspectives. Paris-Jourdan Sciences Économiques. <http://www.jourdan.ens.fr/levy/dle2011.htm>
- European Commission (2009): The recapitalisation of financial institutions in the current financial crisis: limitation of aid to the minimum necessary and safeguards against undue distortions of competition. In: *Official Journal* 2–10 (2009).
- European Commission (2009): The Return to Viability and the Assessment of Restructuring Measures in the Financial Sector in the Current Crisis under the State Aid Rules. In: *Official Journal* 9 (2009).
- Fontana, B. (2004): The Concept of Caesarism in Gramsci. Dictatorship in History and Theory: Bonapartism, Caesarism, and Totalitarianism (Patrick Baehr & Melvin Richter.). Cambridge: Cambridge University Press.
- Frosini, F. (2009): *Crisi, Dizionario gramsciano, 1926-1937*, (Guido Liguori & Pasquale Voza). Roma: Carocci.
- Glassman, J. (2006): Primitive accumulation, accumulation by dispossession, accumulation by « extra-economic » means. In: *Progress in Human Geography*, 30(5), 608–625.
- Gramsci, A. (1991 ff.): *Gefängnishefte*. Band 1–10. Herausgegeben von K. Bochmann et al. Hamburg/Berlin: Argument-Verlag
- Haar, K., Rowell, A., & Vassalos, Y. (2009): *Would you bank on them? Corporate Europe Observatory, SpinWatch, Friends of the Earth Europe and LobbyControl*. <http://www.corporateeurope.org/publications/would-you-bank-them>

- Harvey, D. (2005): *The new imperialism*. Oxford: Oxford University Press.
- Horn, L. (2012): Anatomy of a “Critical friendship”: Organized Labour and the European State Formation. In: *Globalizations*, 9 (4).
- Jones, E. (2002): *The politics of economic and monetary union: integration and idiosyncrasy, Europe today*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield
- Koo, R. (2011): The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics. In: *Real-world economics review*, (58), 19–37.
- Kouvelakis, S. (2011): The Greek cauldron. In: *New Left Review*, 72, 17–32.
- Krätke, M. R. (2011): Antonio Gramsci’s Contribution to a Critical Economics. In: *Historical Materialism*, 19(3), 63–105.
- Krippner, G. R. (2011): *Capitalizing on crisis: the political origins of the rise of finance*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Lapavistas, C., Kaltenbrunner, A., Lindo, D., Michell, J., Paineira, J. P., Pires, E., Powell, J., et al. (2010): *Eurozone Crisis: Beggar Thyself and Thy Neighbour*. first RMF report. <http://researchonmoneyandfinance.org/media/reports/eurocrisis/fullreport.pdf>
- Lapavistas, C. (2012a): *Crisis in the Eurozone*. London/New York: Verso Books.
- Lapavistas, C. (2012b): Default and exit from the eurozone: a radical left strategy. *Socialist register*, 48, 288–297.
- Laski, K./Podkaminer, L. (2012): The basic paradigms of EU economic policy-making need to be changed. In: *Cambridge Journal of Economics*, 36(1), 253–270.
- Liguori, G. (2009): *Cesarismo, Dizionario gramsciano, 1926–1937*, (Guido Liguori & Pasquale Voza). Roma: Carocci.
- Macartney, H. (2009): Variegated Neoliberalism: Transnationally oriented fractions of capital in EU financial market integration. In: *Review of International Studies*, 35 (2).
- Mazier, J., Duwicquet, V., Saadaoui, J. (2013): Désajustements de change, fédéralisme budgétaire et redistribution : Comment s’ajuster en union monétaire. In: *Revue de l’OFCE*, 127, 57–96.
- Montresor, S./Vittucci Marzetti, G. (2010): The deindustrialisation/tertiarisation hypothesis reconsidered: a sub-system application to the OECD7. In: *Cambridge Journal of Economics*, 35(2), 401–421.
- Morton, A. D. (2010): The continuum of passive revolution. In: *Capital & Class*, 34(3), 315–342.
- Mosse, G. L. (1971): Caesarism, Circuses, and Monuments. In: *Journal of Contemporary History*, 6(2), 167–182.
- Pijl, K. van der. (2012): *The Making of an Atlantic Ruling Class* (2. überarbeitete Aufl.). London/New York: Verso Books.
- Pisani-Ferry, J./Sapir, A. (2010): Banking crisis management in the EU: an early assessment. In: *Economic Policy*, 25, 341–373.
- Saglio, S./Mazier, J. (2004): Asymétries, ajustements et relations salariales dans l’Union européenne. In: *Revue française d’économie*, 19 (1), 37–76.
- Sapir, J. (2002): *Les économistes contre la démocratie: Les économistes et la politique économique entre pouvoir, mondialisation et démocratie*. Paris: A. Michel.
- Shields, S. (2008): How the West has won: Transnational Social Forces and the Neoliberalisation of Poland’s Post-communist Transition, *Global Societies*, 22 (4).
- Spengler, O. (1998): *Der Untergang des Abendlandes*. München: C.H. Beck
- Stockhammer, E. (2011): Peripheral Europe’s debt and German wages: the role of wage policy in the Euro area. In: *International Journal of Public Policy*, 7(1/2/3), 83–96.
- Streck, W. (2011): The crises of democratic capitalism. In: *New Left Review*, (71), 5–29.
- Thomas, P. D. (2009): *The Gramscian Moment: Philosophy, Hegemony and Marxism*. Leiden: Brill Academic Publishers.
- Veron, N. (2011): Testimony on the European debt and financial crisis. Bruegel Policy contribution, 2011-11. <http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/613-testimony-on-the-european-debt-and-financial-crisis/>
- Weber, B., & Schmitz, S. W. (2011): Varieties of helping capitalism: politico-economic determinants of bank rescue packages in the EU during the recent crisis. In: *Socio-Economic Review*, 9(4), 639–669.
- Weber, M. (1988): *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland (Mai 1918)*. In: Weber, M.: *Gesammelte politische Schriften*. Herausgegeben von J. Winkelmann. 5. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck, 306–443.
- Weber, M. (1990): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*. 5. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck.